

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

99 (28.4.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 28. April 1951

Nr. 99

Millionenstreik in Italien

Papst Pius empfing den Primas von Polen
Vatikanstadt (UP). Papst Pius XII empfing den Primas von Polen und Erzbischof von Warschau, Stefan Wyszyński, in Abschiedsaudienz. Es wird angenommen, daß der Erzbischof die heikle Frage der kirchlichen Verwaltung der unter polnischer Verwaltung stehenden Teile Ostdeutschlands vorbrachte. Der Vatikan ist durch die Konkordate mit Deutschland und dem ehemaligen Freistaat Preußen bis zum Abschluß eines formellen Friedensvertrages gebunden, diese Gebiete als Teil Deutschlands zu betrachten.
In Italien sind rund 1,1 Millionen Arbeiter des Verkehrsgewerbes und der Stahlindustrie in den Streik getreten. Dadurch entstanden empfindliche Störungen im Eisenbahn-, Omnibus- und Straßenbahnverkehr, zahlreiche Stahlwerke wurden gezwungen, ihre Hochöfen stillzulegen. Da der Streik von den kommunistischen und den nicht-kommunistischen Gewerkschaften ausgerufen worden war, ist er hundertprozentig wirksam geworden. Nur die staatlichen Eisenbahnen wurden von dem Streik nicht betroffen.

Irans Ministerpräsident trat zurück

Oianlagen sollen verstaatlicht werden — Britischer Botschafter warnt
Teheran (UP). Der iranische Ministerpräsident Ala Hossain übermittelte dem Schah sein Rücktrittsgesuch, nachdem der Oianssaß des Parlaments die Enteignung der Anlagen der Anglo-Iranian Oil Company empfohlen hatte. Dieser Beschluß war von Ausschuß einstimmig gefaßt worden.

Die Vorschläge der Oikommission sehen die Bildung einer neuen Kommission vor, die die Ofelder und die Industrieanlagen übernehmen soll. Die Kommission beschloß ferner, daß das seit dem 21. März geförderte Öl dem Iran gehöre. Anhand der Bücher der Gesellschaft soll geprüft werden, wieviel sie dem Staat dafür schulde.

Der britische Botschafter in Teheran, Sir Francis Shepherd wies darauf hin, daß es „ernsthafte und weitreichende Folgen“ haben werde, wenn die iranische Regierung den Versuch machen sollte, Industrieanlagen der Anglo-Iranian Oil Company zu enteignen. Shepherd erklärte, daß das Abkommen zwischen dem Iran und der Oil-Company im Jahre 1933 unter den Auspizien des Völkerbundes freiwillig abgeschlossen worden sei und rechtlich nicht gekündigt werden könne.
In der iranischen Stadt Schiras ist ein Sprengstofflager explodiert, wobei schwere Schäden entstanden.

Begnadigt wurden vom französischen Hohen Kommissar François-Poncet rund 100 Deutsche, die von Militärgerichten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.

Mehrheit für Schumanplan gesichert

Auch Zentrum stimmt zu — „Erhebliche Straffung“ der Regierungskoalition

Bonn (UP). Der Sechsmächtevertrag über eine westeuropäische Montan-Union kann im Bundestag mit sicherer Mehrheit ratifiziert werden, nachdem jetzt auch das Zentrum seine Zustimmung zum Schumanplan angekündigt hat.

Bundeskanzler Dr. Adenauer kann selbst bei Stimmhaltungen in der FDP-Fraktion mit wenigstens 239 Abgeordneten des Bundestages rechnen, die den von ihm unterzeichneten Montan-Vertrag billigen. Der Kanzler hatte schon vor seiner Reise nach Paris betont, er würde die Montanunion nicht unterzeichnen, wenn er nicht die Gewißheit hätte, daß sie im Bundestag ratifiziert werde.

Die Zentrumstraktion hat den Abschluß des Schumanplan-Vertrages nicht nur begrüßt, sondern auch gleichzeitig bemerkt, daß durch die Unterschrift der Bundesregierung das gesamte deutsche Staatsgebiet in seinen Grenzen von 1937 in diese europäische Gemeinschaft eingegliedert wird, wenn auch die Souveränität in Teilen dieses Gebietes zur Zeit nicht ausübt werden könne.

Während dem Kanzler die Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion und der Bayernpartei sicher sein dürfte und auch von der Deutschen Partei kaum nennenswerte Bedenken erhoben werden, hält sich die FDP mit einer vorbehaltlosen Zustimmung zunächst noch etwas zurück.

Entschiedene Gegner des Schumanplanvertrages sind nach wie vor die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die Haltung der Splittergruppen — unter ihnen die WAV und der BHE — liegt noch nicht eindeutig fest. Mit den 143 Stimmen der CDU/CSU, den 13 der Bayernpartei, den 10 des Zentrums und den 17 Stimmen der Deutschen Partei sowie der überwiegenden Mehrheit der 51 FDP-Stimmen dürfte Dr. Adenauer aber ohne weiteres in die Lage versetzt sein, auch die Opposition aller anderen Bundestagsfraktionen zu überstimmen.

Im Bundestag wird übrigens die Bildung eines besonderen Europa-Ausschusses erwogen, in dem nicht nur Fragen des Schumanplans, sondern auch die Probleme des Europarates, des Plevenplanes, des sogenannten

Bundesrat billigt „Südweststaat-Gesetz“

Es bedarf nur noch der Unterschrift — Wohlbeh will Verfassungsgericht anrufen

Bonn (UP). Die Mehrheit der Ländervertreter im Bundesrat stimmte dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über die Neugliederung der südwestdeutschen Länder zu. Das Gesetz kann in Kraft treten, sobald es vom Bundespräsidenten unterzeichnet ist. Gegen das Gesetz stimmten die Länder Baden, Bremen und Rheinland-Pfalz. Bayern und Nordrhein-Westfalen enthielten sich der Stimme.

Der badische Staatspräsident Wohlbeh kündigte an, daß er das Bundesverfassungsgericht anrufen werde, da nach Ansicht der badischen Regierung der im Gesetz vorgesehene Abstimmungsmodus für die Volksabstimmung verfassungswidrig sei. Die Durchführung der Abstimmung über den Südweststaat oder die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg in vier Abstimmungsbezirken präjudiziere die Bildung des Südweststaates.

Staatspräsident Müller und der württemberg-badische Finanzminister Karl Frank haben das Plenum des Bundesrates, dem Gesetz ihre Zustimmung zu geben. Staatspräsident Müller sagte, die Wiederherstellung von Württemberg und Baden sei gut, die Bildung des Südweststaates aber besser und zwar aus politischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Gründen. Das vorliegende Gesetz sei in keiner Weise verfassungswidrig und entspreche in vollem Umfange den Vorschriften des Grundgesetzes. Der Abstimmungsmodus nehme auf alle Gegebenheiten Rücksicht. Auch die jetzt bestehenden Länder müßten auf Grund ihrer Leistungen in den letzten sechs Jahren berücksichtigt werden. Die Vorschrift, daß der Südweststaat nur gebildet werden könne, wenn in drei der vier Abstimmungsbezirke sich eine Mehrheit dafür ergibt, mache auch die Zustimmung mindestens eines erheblichen Teiles Badens zum Südweststaat erforderlich. Die badische Forderung der Anwendung des Geburtsprinzips für die Abstimmungsbezirke lehnte Müller aus praktischen Gründen und vor allem mit Rücksicht auf die Flüchtlinge mit aller Entschiedenheit ab.

Finanzminister Frank betonte die Zurückhaltung der württemberg-badischen Regierung in der Diskussion um den Südweststaat, da sie sich nicht dem Verdacht, eine Annexionspolitik zu treiben, aussetzen wolle. Frank befürwortete besonders aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen die Zusammenfassung der drei Länder. Die wirtschaftlichen Probleme im südwestdeutschen Raum könnten nur mit Hilfe der württembergischen Wirtschaftskraft gelöst werden.

Versorgungsgesetz gebilligt

Die Mehrheit der Ländervertreter im Bundesrat billigte das Gesetz über die Versorgung der verdrängten Beamten und ehemaligen Berufs Soldaten. Das Gesetz wird rückwirkend vom 1. April 1951 an in Kraft treten. Gegen seine Annahme in der vom Bundestag gebilligten Fassung stimmten die Länderregierungen von Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Hohenzollern. Deren Sprecher erklärten aber ausdrücklich, daß sich ihre Bedenken nicht gegen die Versorgung der vertriebenen Beamten und der ehemaligen berufsmäßigen Angehörigen der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes, sondern lediglich gegen die vorgesehene finanzielle Mittelbelastung der Gemeinden richteten. Es handle sich um Kriegsfolgekosten, die vom Bund zu tragen seien.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Bundesrat einen Änderungsvorschlag zu der Regierungsvorlage eines Gesetzes über die Inanspruchnahme der Einnahmen der Länder aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer an. Die Bundesregierung hatte zur Deckung der erhöhten Bundesausgaben 1951 die Abgabe von 31,3 Prozent der Einkünfte aus diesen Ländersteuern an den Bund vorgeschlagen. Der Änderungsvorschlag der Länder sieht eine Staffelung der Prozentzahl für die Einnahmen 1951, soweit sie das Vorjahrseinkommen nicht übersteigen, und für das Mehr aufkommen vor. Das am Vortage vom Bundestag verabschiedete Ergänzungsgesetz zur Befreiung der Exportindustrie mit knappen Rohstoffen und Waren wurde gebilligt. Dagegen enthielt sich der Bundesrat der Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen der Regierung über die Senkung der Tabaksteuer und die Inanspruchnahme der Notenbankgewinne des Jahres 1950 durch den Bund. Über die Senkung der Tabaksteuer um den Betrag, um den sich die Tabakerzeugnisse bei der vorgesehenen Erhöhung der Umsatzsteuererhöhung verteuern würden, wollen die Länder noch mit dem Bundesfinanzminister verhandeln.

„Vergewaltigung des badischen Volkes“

Arbeitsgemeinschaft der Badener protestiert
Freiburg (Id). Die „Arbeitsgemeinschaft der Badener“ protestiert in einer Stellungnahme zu dem vom Bundestag angenommenen Neugliederungsgesetz gegen die darin beschlossene „Vergewaltigung des badischen Volkes“.

Sie betont, daß das Gesetz den Südweststaat vorwegnehme und damit den Volksentscheid zu einer Scheinakklamation nach Goebbels'schem Muster entwürde. Es liefere die gesamtbadische Minderheit der erdrückenden württembergischen Mehrheit aus und bestimme, daß die südweststaatliche Mehrheit in drei Stimmbezirken den vierten, das heutige Land Baden, überstimme.

Das Gesetz sei in mehrfacher Hinsicht verfassungswidrig und hätte deshalb nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft nur mit der Mehrheit beschlossen werden können. „Ein Südweststaat, gegründet auf Gewalt und erzwungen von hintergründigen Interessengruppen, wird in unserem Lande zur Staatsverdrängung und inneren Abneigung führen und ein innerdeutsches Minderheitenproblem schaffen.“ Die Arbeitsgemeinschaft der Badener kündigt abschließend an, daß sie mit allen legalen Mitteln gegen diese Bestrebungen ankämpfen und für das Selbstbestimmungsrecht der Badener eintreten wird.

Schweizer Stimmen zum Südweststaat

Zürich (UP). Die schweizerische Tageszeitung „Die Tat“ schreibt zum Südweststaatproblem: „Noch ist Baden nicht verloren, war das letzte Wort des südbadischen Staatspräsidenten Wohlbeh im Bundestag. Der kleine, aber zähe CDU-Politiker aus Freiburg, der nun schon drei Jahre lang wie ein Löwe gegen die von Stuttgart, Tübingen und Mannheim her angestrebte Verschmelzung der württembergischen und badischen Gebiete zu einem großen Südweststaat kämpft, hat Sinn für dramatische, oratorische Effekte. „Wir werden nie kapitulieren“, hatte er in der zweiten Lesung verkündet. Aber Wohlbehs Beschwörungen konnten nicht verhindern, daß sich die Mehrheit des Bundestages über die Proteste der Altbadener hinwegsetzte und dem Gesetz eine Formulierung gab, die nach menschlichem Ermessen das Zustandekommen der südwestdeutschen Länderfusion garantieren dürfte.“

Dabei heißt es die Dinge denn doch allzu sehr vereinfachen, wenn man sie auf die Formel „Zentralismus gegen Föderalismus“ bringt. Unter den Befürwortern des Südweststaates gibt es auch Kreise, die für die Schaffung größerer und leistungsfähigerer Länder eintreten, weil nur eine solche Reform überhaupt geeignet sei, die föderative Staatsform zu retten und eine Entwicklung aufzuhalten, die früher oder später zu einer neuen Entmachtung der Länder führen und damit auf Umwegen erst recht in den Einheitsstaat hineinsteuern würde.“

Spanien am Wendepunkt

Von Fritz Lüdecke

Die Dissonanzen der west-östlichen Auseinandersetzungen verlieren merklich an Schärfe, je weiter der Reisende von den Pyrenäen weg in das Innere Spaniens gelangt. Selbst die Schöge, die im vergangenen Monat in Barcelona fielen, lösten hier eine weit geringere Resonanz aus als im Ausland. Diese Tatsache ist nicht nur auf den Einfluß der staatlich gelenkten Presse zurückzuführen, die die Ereignisse des In- und Auslandes je nach Bedarf abschwächt oder stärker betont, sondern auch auf die politische Indifferenz des Spaniers. Das Bewußtsein, hinter dem natürlichen Schutzwall der Pyrenäen einigermaßen gesichert zu sein und im Falle eines neuen militärischen Erdbebens außerhalb des Zentrums zu stehen, nimmt ihren Gesprochenen jeden Beigeschmack der Angst und Panik. Was die Ereignisse in Barcelona betrifft, so mißt ihnen der Spanier nur geringe Bedeutung bei. Einige Kreise äußerten sogar die Vermutung, daß sie von der Regierung inszeniert wurden, um die Aufmerksamkeit Washingtons auf „angeblich kommunistische Wühlarbeit“ zu lenken und den Kongreß schneller zur Bewilligung weiterer Dollarhilfen zu bewegen.

Als am 16. März die marokkanischen Reiter wiederum vor dem Pardo, dem Regierungssitz Francos in Madrid, aufzogen, hatte der Staatschef einen der größten diplomatischen Erfolge seiner Laufbahn errungen. Als letzter Vertreter der drei westlichen Großmächte hatte der neue Botschafter Frankreichs dem Caudillo sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Francisco Franco y Bahamonde hatte für diesen Erfolg keinen einzigen Blittgang getan. Seine politische Sanierung war in erster Linie auf die immer krasser zu Tage tretende Feindschaft zwischen Ost und West zurückzuführen.

Seit Spanien im westlichen Lager wieder gesellschaftsfähig geworden ist, kann Franco im Bewußtsein der strategischen Bedeutung seines Landes für das westeuropäische Verteidigungssystem auch den weiteren Gang der Dinge in scheinbar passiver Haltung abwarten. Der Atlantikpakt ohne Spanien, so formulierte er unlängst, sei „wie ein Omelett ohne Ei.“

Als der Caudillo nach Beendigung des zweiten Weltkrieges einen Blick auf die europäische Landkarte warf, mußte er erkennen, daß von den Diktaturen faschistischer Färbung die seine als einzige das Unwetter überdauert hatte. Da der Gruß mit dem erhobenen Arm nirgendwo im Ausland mehr erwidert werden konnte, schaffte er ihn ab. Die Falange wurde langsam in eine weniger einflußreiche Position geschoben. Einen maßgebenden Einfluß hat sie nur noch in den „Sindicatos“, den Staatsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen vertreten sind. In die Stellen, in denen die Falange einst vorwiegend herrschte, rückte der Staatschef Kirche und Armee.

Wer vor Ostern in Sevilla oder Malaga die „Semana Santa“ erlebte, hatte von den nichtlichen Prozessionen mehr den Eindruck einer Truppenparade als einer rein kirchlichen Angelegenheit. Zwischen den Büssergruppen mit ihren spitzen Kopfbedeckungen und den Heiligenbildern marschierten in langsamem Stetsschritt Abteilungen der afrikanischen Legion, der Infanterie, der Pioniere, der Luftflotte, der Feuerwehr, des Arbeitsdienstes und schließlich die „alten Kämpfer“ der Falange aus dem Bürgerkrieg oder der „blauen Division“, hier und da ein Eisernes Kreuz erster oder zweiter Klasse an der ordnungsgemäßen Brust. Statt kirchlicher Gesänge war der dumpfe Klang von Landsknechtstrommeln zu hören oder eine Marschmusik. Das Ganze ergab für den Mitteleuropäer eine seltsam anmutende Demonstration von Staatsgewalt und Kirche.

Auf die Frage an einige Jugendliche, warum sie nicht in den Reihen der Falange mitmarschierten, kam die kurze aber vielsagende Antwort „no sentimos“ (d. h. das ist nicht unser Fall). Diese Antwort charakterisiert die allgemeine Haltung des Spaniers zu der Partei und ihren Unterorganisationen. Sie wird als Gegebenheit hingenommen, als Spielart politischen Ausdruckswillens, der aber nicht verpflichtend ist. Und mehr noch charakterisiert sie die gegenwärtige Regierungsform Spaniens, die alles andere als eine faschistische Diktatur, sondern mit ihren 24 Divisionen unter Waffen eine reine Militärdiktatur ist, die durch den großen Einfluß der katholischen Kirche gestützt wird.

Die „Hayas“ (Form des Verbs „haben“, als Spitznamen für alle Neureichen verwendet) und die Höhlenbewohner sind die markantesten Gegenpole der sozialen Struktur Spaniens. Die Auswirkungen des Marshallplans und die Liberalisierung des Handels in den meisten westlichen Ländern, eröffnete für Spa-

nien wieder zahlreiche alte Märkte. Südfrüchte, Wein und Olivenöl, während und kurz nach dem Kriege für jeden Spanier für einen Spottpreis erhältlich, nehmen jetzt wieder ihren Weg ins Ausland. Von dem plötzlich wieder blühenden Exportgeschäft profitiert jedoch nur eine kleine Schicht, für die das Volk schnell den Namen „Hayas“ fand. An dem Schicksal der großen Masse, vor allem an dem der Ärmsten, die mit den Haustieren zusammen in der Peripherie der Großstädte in Erdhöhlen wohnen, änderte sich nichts. Gewisse Sozialformen, die Franco dem Lande gab, verfehlten ihre Wirkung, denn wo die Lebenshaltungskosten um das Fünffache in die Höhe schossen, kamen die Löhne mit dem Dreifachen nicht nach. Das wirtschaftliche Mißverhältnis ist unverändert geblieben.

Wenn die Arbeiter in den Industrieprovinzen San Sebastian und Katalonien durch Streiks gegen diese Mißverhältnisse protestieren, das heißt, wenn dieser stramm organisierte Militär- und Polizeistaat derartige Proteste überhaupt zuläßt, so ist dies ein Beweis, daß man auch in den höchsten Stellen nicht verkennt, daß etwas faul im Staate ist. Daß Franco seine Bataillone nicht gegen die Streikenden marschieren läßt, erscheint wie ein Wunder. Vielleicht ist es aber auch staatsmännische Klugheit, um dem Westen zu zeigen, daß derartige demokratische Demonstrationen des Unwillens in seinem Lande durchaus möglich sind. Wenn der Caudillo außerdem die Auslandspressen ohne Beschränkungen berichten läßt, und so das Augenmerk der ganzen Welt auf diesen äußersten Zipfel Europas richtet, so ist auch dies vielleicht mehr ein Vorwurf an den Westen, von den wirtschaftlichen Segnungen des Marshallplanes ausgeschlossen zu sein, gleichzeitig aber auch ein Wink an die USA, Versäumnisse nachzuholen. Franco weiß, daß der Westen ihn braucht und daß nach Aufhebung der diplomatischen Isolierung auch die Aufhebung der wirtschaftlichen folgen muß. Erst unlängst erklärte er: „Es gibt nur zwei Männer auf dem Kontinent, die wissen, was sie wollen: Stalin und ich.“

**Deutscher Frachter wurde aufgebracht
Mit Ladung für Rotchina — Bonn ergreift
Repressalien**

Hamburg (UP). Der deutsche 4800-BRT-Frachter „Mai Rickeners“ wurde von nationalchinesischen Zerstörern aufgebracht und nach Formosa geleitet. Er hat eine Ladung von deutschen Medikamenten, Radiosendern und photographischen Materials sowie allgemeine Fracht an Bord, die für Rotchina bestimmt war. Die Hamburger Reederei Rickeners erklärt dazu, daß ihr Schiff nur „Friedensgüter“ und keinerlei Kriegsmaterial geladen habe. Der Dampfer besitze alle für seine erste Reise nach ostasiatischen Häfen notwendigen Papiere.

Dazu gab die Bundesregierung bekannt, daß die Reederei Rickeners künftig keine Darlehen aus Bundesmitteln für den Bau oder Ankauf von Schiffen mehr erhalten werde. Alle für derartige Darlehen gegebenen Zusagen aus Bonn müßten darüberhinaus als zurückgezogen betrachtet werden. Die Bundesregierung brachte ferner ihr Bedauern zum Ausdruck, daß die Reederei ihre Schiffe für „derartige Transporte“ zur Verfügung gestellt habe.

**Schiffsexplosion in Gibraltar
Die Trümmer flogen kilometerweit**

Gibraltar (UP). Im Hafen von Gibraltar explodierte der britische Marinetender „Bedham“, als Munition ausgeladen wurde. Sechs Personen wurden getötet und eine verletzt. Es ist nicht bekannt, ob es sich bei den Toten um Hafenarbeiter oder Einwohner von Gibraltar handelt. Die Mitglieder der Besatzung erlitten nur geringe Verletzungen; wie durch ein Wunder wurde niemand von ihr getötet. Ein Leichter, der in der Nähe der „Bedham“ lag, explodierte gleichfalls. Die Explosion war außerordentlich stark. Stücke des 1000-Tonnen-Schiffes wurden viele Kilometer weit geschleudert. Die Fensterscheiben zahlreicher Gebäude in Gibraltar und dem spanischen La Linea wurden zersplittert.

**Franzose bittet um Asyl in der CSR
Britische Gesellschaft schließt Prager Büro**

Prag (UP). Professor Marcel Aymonin, französischer Kulturrat und Generaldirektor des Französischen Institutes in Prag, hat die französische Botschaft und das Institut der Spionage beschuldigt und die Regierung der Tschechoslowakei um Asyl gebeten. Aymonin teilte mit, daß er nunmehr „dem Lager des Friedens und des Fortschrittes“ beitreten wolle.

Die britische Luftverkehrsgesellschaft „British European Airlines“ wird im Mai ihr Büro in Prag schließen. Die Flugzeuge der Gesellschaft werden aber Prag weiterhin sechs Mal in der Woche anfliegen.

**Gefängnis wegen „Friedensgefährdung“
„Friedensfeuer“ an der Oder-Neiße-Grenze**

Berlin (UP). Das Schöffengericht Berlin-Mitte im Ostsektor verurteilte laut ADN den 24-jährigen Walter Neumann wegen „Friedensgefährdung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte“ zu fünf Jahren Gefängnis. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Angeklagte als „Agent der CIC“ mehrere Aufträge ausgeführt habe.

Auf beiden Seiten der Oder und Neiße und entlang der ostdeutschen-tschechoslowakischen Grenze werden am Vorabend des 1. Mai „Friedensfeuer“ entzündet werden, gab der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Herbert Warnke bekannt.

Ostberliner Betriebe, Verwaltungen, Parteien, Organisationen und Einzelpersonen haben bis Ende März insgesamt 1.340.800 Ostmark für den „Korea-Hilfsfonds“ zur Verfügung gestellt, meldet ADN.

Gesetz zum Schutz der Jugend

Verbot von Alkohol und Nikotin — Zuschüsse für Schulspeisung

Bonn (UP). Die Beratungen des Bundestagsausschusses für Fragen der Jugendfürsorge über ein Jugendschutzgesetz sind abgeschlossen. Nach seinem Entwurf dürfen Jugendliche unter 16 Jahren an öffentlichen Tanzveranstaltungen überhaupt nicht und Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nur bis 24 Uhr teilnehmen, davon die letzten zwei Stunden nur in Begleitung eines Erziehungsberechtigten.

An Jugendliche unter 18 Jahren darf kein Branntwein ausgeteilt werden. Andere alkoholische Getränke dürfen auch nicht an Jugendliche unter 18 Jahren verabreicht werden. Überhaupt soll der Aufenthalt in Gaststätten Jugendlichen unter 16 Jahren nur in Begleitung von Erziehungsberechtigten gestattet werden. Ferner sind ihnen der Genuß von Tabakwaren in der Öffentlichkeit verboten, sowie der Besuch von Varieté, Kabarett- und Revueveranstaltungen.

Für die Fortführung der Schulspeisung, an der gegenwärtig mehr als 1,3 Millionen Kinder teilnehmen, bis zu den großen Ferien werden weitere zehn Millionen Mark aus Kriegsfolge-Hilfsmitteln zur Verfügung gestellt.

Die Bundesregierung hat ihren Außenminister beauftragt, die Zusatzprotokolle zur Konvention des Europarates über die Menschenrechte und Grundfreiheiten im Namen der Bundesrepublik Deutschland zu unterzeichnen. In ihnen wird u. a. das Recht auf Eigentum, auf Erziehung und auf die politischen Freiheiten festgelegt.

Der Bundesarbeitsminister hat angeordnet, daß Nachuntersuchungen von versorgungsbedürftigen Kriegsbeschädigten vorläufig unterbleiben sollen. Hiermit soll eine Verzögerung der Rentenumstellung vermieden werden. Den Länderregierungen wurde empfohlen, Anträge Schwerbeschädigter auf Kapitalabfindungen beschleunigt zu erledigen.

Schwere Angriffe gegen Acheson

McArthur fordert „positive“ Koreapolitik — Weitere Rüstungsausgaben bewilligt

Washington (UP). Der republikanische Senator Taft sagte in einer Fernsitz-Debatte des Senats, die USA müßten die Wahl treffen zwischen der verderblichen „Acheson-Politik“ und der „MacArthur-Politik“, die allein die Position der USA im Fernen Osten retten könne.

„Ich glaube, die Tatsache eines starken kommunistenfreundlichen Einflusses im Außenministerium kann kaum bestritten werden“, meinte Taft, der Acheson folgende Ziele unterlegte: Beschwichtigung in Korea und seine Auslieferung an die Kommunisten, Übergabe Formosas an die kommunistische Regierung Chinas und Vertretung der kommunistischen Regierung Chinas in den UN. Die „MacArthur-Politik“ sehe dagegen vor, die Aktivität der amerikanischen Truppen zwar auf Korea zu beschränken, jedoch der nationalchinesischen Regierung den Angriff auf Festland zu erlauben und die Mandschurei zu bombardieren. Die Wurzel allen Übels seien die 1945 auf der Konferenz von Jalta gefaßten Beschlüsse, die allen Grundsatzen der amerikanischen Außenpolitik zuwiderläufen. Durch Jalta sei der Sowjetunion die Macht in der Mandschurei in die Hände gespielt worden.

Der demokratische Abgeordnete Harold Patten forderte die sofortige Amtsenthebung von Außenminister Acheson und die Bekannngabe einer „konkreten Politik in fernöstlichen Angelegenheiten“. Patten galt bisher als ein energischer Verfechter der Truman-Politik.

General MacArthur, der stürmisch umjubilant in seiner Heimat Milwaukee eintraf, forderte in einer Rede eine „positive“ Koreapolitik, um dem „Gemetzel amerikanischer Söhne“ endlich ein Ende zu bereiten. Die gegenwärtige Politik der Regierung stehe unter dem Zeichen einer „vollkommenen Wirklichkeitsfremdheit“. Trotz der Beschränkungen, die den amerikanischen Truppen in Korea durch „ein politisches Vakuum“ auferlegt seien, kämpften sie mit unübertroffenem Mut. Auf der anderen

Seite hätten jedoch die Verluste im Verhältnis zu den im Kampf stehenden Soldaten bereits einen bedenklichen Prozentsatz erreicht.

Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte einseitig weitere 6.421.406.000 Dollar für die Streitkräfte. Diese Summe soll vorwiegend für den Kauf von Panzern, Flugzeugen, Kanonen und Munition Verwendung finden.

**Das Grönlandabkommen unterzeichnet
Verteidigung durch Dänemark und die USA**

Kopenhagen (UP). In Kopenhagen wurde ein Abkommen zwischen Dänemark und den USA unterzeichnet, das die Schaffung von Verteidigungsregionen auf Grönland vorsieht, die Dänemark und den USA gemeinsam unterstehen werden. Das Abkommen bestimmt unter anderem, daß die US-Marinestation Groenndal an Dänemark ausgehändigt wird. Dänemark übernimmt alle dortigen amerikanischen Einrichtungen zu den in dem Vertrag vereinbarten Bedingungen. Die USA und andere Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts erhalten aber gewisse Rechte in Zusammenhang mit der Benutzung des Hafens. Die USA erhalten das Recht, Wetter- und Radarstationen auf Grönland zu errichten.

**England hilft der Sowjetunion
Kautschuklieferungen verdreifacht**

London (UP). In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat Großbritannien Kautschuk im Werte von 1,6 Millionen Pfund Sterling nach der UdSSR geliefert gegenüber einem Vierteljahresdurchschnitt von 579.000 Pfund Sterling. Auf der anderen Seite hat Großbritannien im ersten Quartal 1951 nur ein Viertel der Maschinen und technischen Einrichtungen nach der Sowjetunion geliefert wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres und nur 50 Prozent der elektrotechnischen und chemischen Erzeugnisse.

Frankreichs Wahlreform abgelehnt

Queuille knapp unterlegen — Neuer Versuch auf Umwegen

Paris (UP). Die französische Regierung mußte in der Nationalversammlung eine schwere Niederlage hinnehmen, da der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes nicht mit der erforderlichen absoluten Mehrheit von 311 Stimmen angenommen wurde und damit als abgelehnt gilt. Das Abstimmungsergebnis lautete 268 Stimmen für und 270 Stimmen gegen die Vorlage.

Die Regierung hat aber beschlossen, nicht zurückzutreten, sondern den Kampf fortzusetzen. Die Wahlvorlage wurde noch am Freitagabend dem Wahlausschuß der Nationalversammlung zur weiteren Überarbeitung überwiesen. Dennoch erscheint es zweifelhaft, ob die Neuwahlen für die Versammlung am 10. Juni stattfinden können, wie Ministerpräsident Queuille es geplant hatte.

Nachdem die absolute Mehrheit für das Wahlgesetz nicht zustande kam, besteht jetzt nach der Verfassung noch die Möglichkeit, den Gesetzentwurf an einen Ausschuß zu überweisen und ihn später der Nationalversammlung zu einer dritten und sogar vierten Lesung vorzulegen. Queuille will von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Kompromiß gescheitert
Gromyko lehnte am Freitag einen neuen Kompromißvorschlag der Westmächte als „lächerlich und zwecklos“ ab. In dem von den Westmächten eingebrachten Tagesordnungsentwurf war der sowjetischen Forderung

technisch getragen worden, die Frage des italienischen Friedensvertrages in Zusammenhang mit dem Problem Triest zu behandeln. Gromyko erklärte jedoch, in einem neunzig Minuten währenden Monolog, daß es sich um keinen neuen Vorschlag handelte. Er wandte sich scharf dagegen, daß der Entwurf nichts über den Nordatlantikpakt und die amerikanischen Stützpunkte in Übersee enthalte. Außerdem seien „die Herabsetzung der Rüstungen und die Entmilitarisierung Deutschlands in einem Schwall von Worten begraben worden“.

Ministerrat der OEEC

Der Warenverkehr der Bundesrepublik mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Zahlungsunion im April dieses Jahres weist nach dem Stand vom 25. April einen Ausfuhrüberschuß auf, erklärte Vizekanzler Blücher, der bei der Tagung des Ministerrates der OEEC in Paris weilte.

Der von Schweden unterbreitete Vorschlag, eine internationale Organisation für Europa zu schaffen, wurde vom Ministerrat unterstellt. Es wurde ein siebenköpfiger Prüfungsausschuß gebildet, der die Möglichkeiten zur Verschmelzung der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) mit dem Europa-Rat untersuchen soll.

Der niederländische Außenminister Stikker wurde vom Ministerrat erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Weitere Rückverlegung der UN-Front

Chinesen dicht vor Seoul — Ununterbrochene Schlacht an beiden Frontflügeln

Tokio (UP). Die Truppen der UN haben sowohl die östliche als auch die westliche Verankerung ihrer bisherigen Verteidigungsstellungen in Korea aufgegeben, bereiten sich aber darauf vor, Seoul zu verteidigen, solange es möglich ist.

In Seoul wurden schwere Geschütze in Stellung gebracht, wodurch die Stadt zum ersten Mal im Koreakrieg zu einer Artilleriestellung der Alliierten wird. Sie eröffneten bereits ein Sperrfeuer gegen die vorrückenden chinesischen Kolonnen, die jetzt 10 bis 12 Kilometer vor der Stadt stehen. Die amerikanischen Truppen haben vorbereitete Verteidigungsstellungen nördlich Seoul bezogen, in denen sie den Ansturm der Chinesen erwarten.

Am Freitagabend hatten die ersten Wellen der kommunistischen Offensivarmeen den Rand von Uijongbu, 16 Kilometer nördlich von Seoul erreicht, das die westliche Verankerung der bisherigen Verteidigungslinie dargestellt hatte. Ein Sprecher der 8. Armee gab bekannt, daß die Stadt vor dem Fall stehe. Die Kommunisten folgten den sich zurückziehenden Alliierten auf dem Fuß.

Am östlichen Ende der alliierten Front mußten die UN-Einheiten Yanggu, den letzten größeren Ort in Nordkorea, aufgeben. Auch an allen anderen Frontabschnitten zogen sich die Truppen der UN zurück. Sie bezogen neue Stellungen an der Verbindungsstraße Seoul-Changchun.

Der stellvertretende Stabschef des Nachrichtendienstes im Hauptquartier der UN-Streitkräfte, Generalmajor Willoughby, ist von seinem Posten in Tokio abberufen worden. Er gehörte zu den engsten Mitarbeitern MacArthurs.

Mao erwartet Pantschen-Lama

Radio Peking gab bekannt, daß der prokommunistische Pantschen Lama von Siam nach Peking abgereist ist, um Mao Tse Tung seine Aufwartung zu machen. „Er wird“, so meldet der Sender, „wahrscheinlich auch an den Friedensverhandlungen über Tibet, die demnächst beginnen, teilnehmen.“ Zwei tibetische Delegationen seien in Peking eingetroffen, um über „eine friedliche Befreiung Tibets“ zu verhandeln, in das im vergangenen Winter kommunistische chinesische Truppen einmarschierten.

Dr. Bruno Pontecorvo, der britische Atomwissenschaftler italienischer Herkunft, der sein Betätigungsfeld in die Sowjetunion verlagerte, soll gegenwärtig in einem Atomwerk im kommunistischen China arbeiten. Die nationalchinesische Nachrichtenagentur behauptet, er befinde sich in einem Atomwerk in Kuldja an der Grenze zwischen Sinkiang und Sibirien.

Chicago begrüßt MacArthur

Chicago (UP). Drei Millionen Menschen schiumten jubelnd die Straßen, als General MacArthur mit seiner Familie in Chicago eintraf. „Die Stadt gehört Ihnen, General“, sagte der Oberbürgermeister, als er MacArthur begrüßte. An der Spitze der Wagenkolonne fuhr ein Motorrad, an das ein kleiner Galgen montiert war, an dem eine Nachbildung Trumans baumelte.

**Brauchitsch gegen Remilitarisierung
Er unterschrieb Kommunisten-Aufruf**

München (UP). Der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch bestätigte, daß er den von der kommunistischen Partei herausgegebenen Aufruf zur „Volksbefreiung gegen die Remilitarisierung“ unterschrieben habe. Ferner ist von Brauchitsch dem Präsidium des westdeutschen Komitees zur Vorbereitung der „Weltjugendfestspiele in Berlin“, um der Sache des Friedens zu dienen, beigetreten. „Es ist dumme, davon zu sprechen, daß die Weltjugendfestspiele kommunistisch seien“, behauptete der Rennfahrer. „Das hat nichts mit Kommunismus zu tun.“

Shinwell in Paderborn

Weitere britische Truppen kommen
Paderborn (UP). Der britische Verteidigungsminister Shinwell, der zu einem kurzen Besuch in Deutschland weilte, kündigte bei der Besichtigung britischer Einheiten im Sennerlager weitere englische Truppenverstärkungen für Deutschland an. Bis zum Herbst sollen viereinhalb Divisionen in der Bundesrepublik stationiert sein.

Der österreichische Außenminister Dr. Gruber hat London auf dem Luftwege wieder verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Er nimmt an der Konferenz des Ministerrates der OEEC teil.

Die Thronbesteigung des Prinzen Baldwin von Belgien wird vor Ende Oktober erfolgen. Ursprünglich war vorgesehen, daß Prinz Baldwin schon an seinem 21. Geburtstag, dem 7. September, die Nachfolge seines Vaters, König Leopold III., antreten soll.

Der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, traf in Lydda (Israel) ein. Er wird während seines kurzen Aufenthalts mit Staatspräsident Weizmann eine Unterredung haben.

Eine US-Superleistung stürzte über dem Azoren ab, wobei 11 Mitglieder der Besatzung getötet und 5 verletzt wurden.

Sieben Verletzte gab es im Düsseldorf Hauptbahnhof, als der D-Zug Hamburg-Köln bei der Einfahrt in den Bahnhof einer Personenzug, der das Einfahrtsignal überfahren hatte, in die Flanke stieß. Lokomotive und Packwagen des D-Zuges sowie drei Wagen des Personenzuges entgleisten.

**Kohleproduktion soll erhöht werden
Umdispositionen beim Verbrauch — Aber
noch keine Entspannung**

Die vom Rohstoffberater der Bundesregierung als „wahrscheinlich notwendig“ bezeichnete Umschichtung des innerdeutschen Kohlenverbrauches ist inzwischen in Gang gekommen. Zum Teil werden die Kohlenzuweisungen der weiterverarbeitenden Industrien zugunsten der Grundstoff-Industrien gekürzt werden. Bonner Regierungskreise nehmen an, daß es dem Einfluß der IG-Bergbau gelingen wird, die Bergarbeiter zu einer weiteren Leistungssteigerung zu veranlassen. Man rechnet zum Jahresende mit einer arbeitsmäßigen Förderung von 430.000 Tonnen.

Der Zentralverband des deutschen Kohleneinzelhandels warnt allerdings vor einer „voreiligen Überschätzung“ der gegenwärtigen positiven Entwicklung im westdeutschen Steinkohlenbergbau. Mit einer Entspannung auf dem Kohlenmarkt könne noch nicht gerechnet werden. Selbst nach der geplanten Erhöhung der Hausbrandmenge um 200.000 Tonnen werde die ursprünglich angelegte Vierteljahres-Durchschnittszuweisung von 3,6 Zentnern nicht erreicht.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Erhöhung der Kokszufuhr für die westdeutschen Stahlwerke in der Zeit von Mitte April bis Mitte Mai um 60.000 Tonnen und nach dem 15. Mai um 60.000 Tonnen monatlich beschlossen. Man rechnet, auf diese Weise die Walzstahlproduktion wieder auf 750.000 Tonnen im Monat steigern zu können. Vor allem soll die Produktion von Feinblechen von gegenwärtig 60.000 Tonnen monatlich auf 90.000 Tonnen gesteigert werden.

Dr. Paul Wolff gestorben

Der international bekannte deutsche „Leica“-Photograph Dr. Paul Wolff erlitt in Frankfurt einen Schlaganfall und starb. Wolff ist 64 Jahre alt geworden.

Umschau in Karlsruhe

Parteipolitik und ev. Kirche

Karlsruhe (lds). Die Landessynode der evangelischen Kirche Badens hat eine Anordnung erlassen, die sich mit der parteipolitischen Betätigung der evangelischen Pfarrer befaßt.

Schulspisung mit Milch und Milchprodukten

Karlsruhe. Einem Wunsche der Elternschaft entsprechend, wurde die Schulspisung in Karlsruhe auf Milch und Milchprodukte umgestellt.

Aus der badischen Heimat

420 000 DM - Filmkredit nicht gefährdet

Mannheim (wbl). Die „Tonbild-Studio-Filmproduktion GmbH.“ Mannheim wendet sich in einer der dpa übergebenen Erklärung gegen Pressemeldungen, wonach der vom Land Württemberg-Baden stantsverbürgte Bankkredit in Höhe von 420 000 DM gefährdet sei.

Reservate für Eiaschlecker

Säckingen (lds). Nur an bestimmten Plätzen der Stadt werden die Säckinger im kommenden Sommer ihr Eis schenken können.

Sonderregelung des Ladenschlusses gefordert

Konstanz (lds). Nachdem die Stadt Baden-Baden bereits eine Sonderregelung des Ladenschlusses am Mittwoch und Sonnabend erwirkt hat, beschloß auch der Konstanz Stadtrat, beim badischen Wirtschaftsministerium zu beantragen, daß der Ladenschluß für Konstanz am Samstag von 17 auf 19 Uhr verlegt wird.

Staatsanwalt gegen Innenminister

Wegen Mißbrauch der Volkszählungslisten

Stuttgart (wbl). Über die Fortführung des Ermittlungsverfahrens gegen das württemberg-badische Innenministerium bzw. das Statistische Landesamt wegen Mißbrauchs der Volkszählungslisten in Eßlingen ist es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium gekommen.

Die Staatsanwaltschaft hatte Mitte März eine Stellungnahme des Innenministeriums zur Frage des Listenmißbrauchs in Eßlingen angefordert. Sie hatte darauf hingewiesen, daß eine Aufklärung der Angelegenheit ohne diese Stellungnahme unmöglich sei.

Die Staatsanwaltschaft hat Mitte März eine Stellungnahme des Innenministeriums zur Frage des Listenmißbrauchs in Eßlingen angefordert. Sie hatte darauf hingewiesen, daß eine Aufklärung der Angelegenheit ohne diese Stellungnahme unmöglich sei.

Ulrich äußert sein Befremden

Über Eingreifen Hessens in Wimpfener Wahl

Bad Wimpfen (wbl). Drei Vertreter des Gemeinderates von Bad Wimpfen hatten in Stuttgart eine Unterredung mit dem württemberg-badischen Innenminister Ulrich. Dabei soll - wie ein Teilnehmer an der Besprechung mitteilt - der Minister sein Befremden darüber ausgedrückt haben, daß die hessische Regierung durch die Rede des Regierungspräsidenten Arnoul von Darmstadt auf einer Bürgerversammlung in den Wimpfener Wahlkampf eingegriffen habe.

Hirn-Bürkle vor dem Ausschuß

Innenministerium gegen Konkurs Bürkles?

Stuttgart (wbl). Vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags sagte der Stuttgarter Geschäftsmann Bürkle über Einzelheiten des ihm von der Stuttgarter Girokasse gewährten Kredits aus. Bürkle betonte, Bürgermeister Hirn habe ihm noch am 17. März 1950 nach einer Besichtigung seiner Werke seine Anerkennung ausgesprochen und betont, es genüge, wenn von dem Kredit in Höhe von rund 8 Millionen DM monatlich 5000 bis 10 000 DM zurückgezahlt würden.

Diese Äußerung Bürkles führte zu einer Gegenüberstellung mit Bürgermeister Hirn. Hirn betonte, er habe Bürkle damals gesagt, daß einzelne seiner Betriebe lebensfähig seien. Hirn räumte ein, es sei möglich, daß Bürkle diese Äußerungen „subjektiv“ als Anerkennung aufgefaßt habe. Bürkle betonte, er habe aus der Unterredung mit Hirn den Eindruck gewonnen, daß er wieder mit allen Rechten als verantwortlicher Leiter seiner Werke eingesetzt worden sei.

dies nur in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet.

Kommunistische Volksbefragung

Verbot in Württemberg-Baden vorbereitet

Stuttgart (wbl). Das Land Württemberg-Baden wird sich dem Verbot der Bundesregierung gegen die von den Kommunisten geplante Volksbefragung über Remilitarisierung und Friedensvertrag anschließen. Das Innenministerium hat mit der Vorbereitung einer entsprechenden Durchführungsbestimmung begonnen.

Minister Sauer eröffnet IEO

Friedrichshafen wurde kreisunmittelbar

Friedrichshafen (lds). In Anwesenheit zahlreicher Gäste wurde in Friedrichshafen die zweite Internationale Bodenseemesse (IEO) von Kultminister Dr. Sauer, Tübingen, eröffnet. Dr. Sauer übermittelte als Vertreter des am Erscheinen verhinderten Staatspräsidenten Dr. Müller den Beschluß der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, die Stadt Friedrichshafen zur kreisunmittelbaren Stadt zu erheben.

marm Sedlmeir, teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß die IEO von den Bundesbehörden als regionale Grenzlandmesse anerkannt worden ist.

Der Hafenbahnhof in Friedrichshafen, der während des Kriegs durch Luftangriffe schwere Schäden erlitten hatte, wurde in Anwesenheit des Eisenbahnpräsidenten Eisele von der Eisenbahndirektion Karlsruhe wieder dem Betrieb übergeben.

Württemberg-Badisches Kulturwerk. Das Kulturwerk des Unterlandes hat seinen Wirkungsbereich erweitert und sich auf seiner Jahreshauptversammlung in Moebach als „Württemberg-Badisches Kulturwerk e.V.“ neu konstituiert.

Das Kulturwerk des Unterlandes hat seinen Wirkungsbereich erweitert und sich auf seiner Jahreshauptversammlung in Moebach als „Württemberg-Badisches Kulturwerk e.V.“ neu konstituiert. Die Landkreise Moebach, Sinsheim und Buchen sowie verschiedene Städte haben die Absicht, dem Verband beizutreten.

Er hielt das Murgtal in Schrecken

Fünf Jahre für Sittlichkeitsverbrecher

Baden-Baden (lds). Die Große Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden verurteilte einen 28jährigen Metzger aus Gernsbach wegen verschiedener Verbrechen der Notzucht und der versuchten Notzucht, jeweils in Tateinheit mit Körperverletzung sowie der Erregung öffentlichen Argernisses zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre.

Der Verurteilte, der verheiratet ist und nach übereinstimmenden Aussagen in einer harmonischen und zufriedenen Ehe lebte, hatte in der Zeit vom Januar bis Juni 1950 auf dem Heimweg von seiner Arbeitsstätte im Murgtal unweit Oberröt in drei nachgewiesenen Fällen Frauen überfallen, mißhandelt und zu vergewaltigen versucht. In einem Fall ist ihm das bei einem 15jährigen Mädchen gelungen, während er in den beiden anderen Fällen durch Passanten in seinem Vorhaben gestört wurde.

unsittliche Gebärden und Redensarten gegenüber Frauen und jungen Mädchen öffentliches Argernis erregt.

Landesgerichtspräsident Dr. Weiß wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß der Verurteilte die Bevölkerung des Murgtals trotz aller Fahndungsmaßnahmen der Polizei, die unter anderem in den Abendstunden Beamte in Frauenkleidung auf der Landstraße patrouillieren ließ, ein halbes Jahr lang so sehr in Schrecken gehalten hatte, daß sich die weibliche Belegschaft verschiedener Fabriken nach Arbeitsschluß kaum auf die Landstraße wagte.

Der Verurteilte, der der Verhandlung ohne jede erkennbare Gefühlsregung gefolgt war, nahm das Urteil an.

Vor einer Kräfteverschiebung

Rheinland-Pfalz wählt seinen Landtag

Neustadt (ZSH). Am Sonntag schreitet die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz zum zweiten Mal nach dem Kriege zur Wahlurne, um das Parlament ihres Landes zu wählen. Gleichzeitig werden die Abgeordneten des Bezirkstages Pfalz gewählt.

stärkste Partei: Sie hatte 46 der 101 Sitze inne. (Nach dem neuen Wahlgesetz zählt der Landtag nur noch 100 Abgeordnete). An zweiter Stelle folgt die SPD mit 34, dann die FDP mit 11 und schließlich die KP mit 8 Sitzen.

Die 10-Zentner-Bombe an der Ankerkette

Ludwigshafen (lds). Die Besatzung eines bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen im Rhein festgemachten Motorschiffes bemerkte beim Aufziehen des Ankers, daß sich in der Ankerkette eine 10-Zentner-Bombe festgehakt hatte. Das in aller Eile geräumte Schiff mußte mehrere Stunden im Rhein liegen bleiben, bis ein Sprengkommando die Bombe entschärfte hatte.

Leidenschaft

ROMAN VON MARIA FUCHS

Copyright bei M. Fischer, Bonn-Verlag, München-Pasing

15. Fortsetzung

Nach zwei schlaflosen Nächten steht er am Bahnhof und erwartet bang klopfenden Herzens seine Frau. Sie kommt ihm entgegen, sehr blaß, sehr müde aussehend, fast ferne. Ihr Blick irrt an dem seinen vorbei wie ein angeblasenes Kerzchen.

„Marianne“, sagt er vorwurfsvoll, „wie kannst du nur so unvorsichtig sein und reisen, wo du weißt, du bist nimmer für dich allein. Du hast Verantwortung, auch mir gegenüber.“

Sie sagt nicht viel, lächelt auch nicht, sondern legt ihren Arm in den seinen und weicht jeder neugierigen oder auch sorgenden Frage aus. „Ich bin sehr müde“, wehrt sie jeder Zärtlichkeit. „Du entscheidest dich, wenn ich mich dahinein ein wenig ausruhe.“

„Aber freilich, Marianne! Das schaust ja erbarmlich aus, als hättest du schlimme Tage hinter dir. Eine nette Erholung bei Freunden! Danke! Was hat dir denn gefehlt?“

„Später dann, Paul, später...“ Und dann kam die Nacht, in der das Geständnis verrinnt: „Paul, die Reise war zuevil für mich. Ich bekomme kein Kind.“ Die Lüge vertrocknet ihr auf den Lippen.

„Kein Kind? Zuerst nur die eine Frage. Es ist stiller wie in einer Totenkammer. Ein furchtbarer Zweifel klopft an seine Brust und glüht durch die Frage: „Marianne, ist das die Wahrheit?“ Noch kann er es nicht fassen. „Du hast das Kind nicht

gewollt“, sagt er dann, „von Anfang an hast du dich innerlich dagegen gewehrt. Deshalb warst du in dein Schicksal so ergeben, weil du gewußt hast, es kommt nicht zur Welt. Jetzt verstehe ich alles: dein Gefaltsein, deine Reise, alles...“ Und ich Narr hab glauben können, du seist eine Stunde wenigstens groß und edel!“

Die Frau, die für ihn begeistert war, hat ein anderes Gesicht bekommen. Eine bleiche, leblose Fratze starrt ihn an. Sie ist nimmer Saat, nur mehr eine verdorrte Garbe auf fruchtlosem Acker.

In derselben Nacht noch schlägt er seinen betrogenen Glauben an Wirtschaftlich nieder. Sattbeit im Auge, so kommt er heim. Aber die Stunde hat nicht einmal im Weindunst Gewalt über ihn. Er sieht durch die rosigen Nebel eine Frau schreiten, grau das Gesicht, grau die Hände. Sie geht ohne Licht und ihr Leben ist ohne Anfang.

„Heut werd ich der Liesl schreiben, daß sie auf etliche Wochen kommen soll“, sagt Mutter Hohenegger zu ihrem Sohn. „Die Pflege für den Vater nimmt mir viel Zeit weg. Die Arbeit geht auch nicht mehr so vonstatten, wenn man älter ist. Hast du was dagegen?“

„Warum soll ich etwas gegen die Liesl haben? Ich find den Einfall recht gut. Sie ist ein flottes Ding und bringt Humor herein. Das tut dir gut.“

„Dir auch, Walter.“

„Meinetwegen brauchst dich nicht zu sorgen. Mutter. Ich hab weder zum Nachsinnieren noch zum Lustigsein viel Zeit.“

„Deshalb tüt dir ein bißl Probieren doppelt gut. Ob ihr euch noch so wenig vertragen miteinander? Mein Gott, was hab ich für euch die Fertigtage durch-

gestritten! Ich hab sie lang nimmer gesehen. Ist mir eine von den liebsten aus meiner Verwandtschaft.“

„Jetzt wird sie dreißendzwanig sein?“ vermutet Walter. „Ja, ja, ich bin drei Jahre älter als sie. Die Agnes war die Jüngste aus unserem Kleeblatt heraus. Die Erinnerung an Agnes durchkreuzt der Mutter Herzenswunsch. Aber sie läßt es sich nicht anmerken. „Bei den Stadlerischen soll es wieder einmal gar nicht stimmen“, sagt sie nebenbei, „und von einem Konkursverfahren hab ich auch schon reden gehört.“

„Wär's ein Wunder? Kümmerst dich doch kein Teufel ums Ganze. Leid tun möcht einem nur die Agnes. Die anderen zwei sollen mit dem verfahrenen Karren abwärts fahren.“ Verärgert schaut er eine Bestellung durch und prüft sie. Vergessen hat er also das Stadlermüdel noch immer nicht! Mutter Hohenegger wird sich hüten, ein Vertrauen zu betreiben oder es gar zu erwingen. Sie setzt ihre Hoffnung auf die in natürlicher Jugendfrische frühliche Liesl Heinze, die noch dazu ein herzensgutes Müdel ist.

Antwortbrief auf ihre Anfrage kommt keiner. Dafür liest er eines Tages an der Hoheneggerischen Wohnungstüre und steht das Müdel selbst davor, bepackt mit zwei Koffern. „Grüß dich Gott, Tentel! Da wir ich also mit Sack und Pack.“

„Liesel, du kommst wirklich? Ist das nett von dir!“

„Da schaust, gelt? Ich hab mir gedacht, wos lang schreiben? Du brauchst mich und es ist nur ein Hin und Her und kommt nichts Gescheites heraus. Eilen Schlafwinkel wirst du für mich wohl haben und das andere besorg ich schon selber. Gleich pack ich an.“

„Sonst fällt dir nichts ein? Zuerst wird gerastet, gegessen und erzählt. Wie geht es dahinein?“

„Gut. Sie lassen dich alle recht schön grüßen.“ Aus dem rotwangigen Gesicht lachen zwei helle Augen. „Ich hab mich schon so auf eure schöne Stadt gefreut! Wie geht es dem Onkel?“

„Schon etwas besser. Jetzt schläft er.“

„Und dem...“ Sie beißt sich auf die Lippen und setzt abweichend hinzu: „Und was macht der gelbe Kanari? Habt's ihn nimmer?“

„Aber freilich“, lacht Mutter Hohenegger. „In der Werkstatt ist er draußen.“

Zufrieden betrachtet sie das Gesicht des Mädchens. „Gut schaust aus und hübsch bist geworden, Liesl, das muß man sagen. Wirst doch nicht verlobt sein? Ich brauch dich noch lange. Mochtest jetzt nicht schauen, was der gelbe Kanari in der Werkstatt macht?“

Liesel muß lachen. „Wenn ich nur nicht stöör? Walter kann bei mir sehr kritisch sein, wie du weißt.“

„Nein, nein, Liesl, er freut sich, daß du kommst.“

„Hm, das bezweifle ich. Wir waren immer im Kriegszustand und selten in Friedensprobleme verwickelt.“ Ihr liebes, junges Gesicht hat einen eigenartigen wehen Zug bekommen. Bevor sie in die Werkstatt geht, bleibt sie vor der Türe stehen.

Walter steht bei einer weißen Marmorfigur. Sie hat Muße, ihn zu betrachten. Gereifter wirkt er, aber auch strenger, männlicher. Kraft strömt aus ihm. Ihr zurückgelegter, heller Willkommengruß verstiegt davor.

(Fortsetzung folgt)

Blitzlichter AUS ALLER WELT



„Ich bereue nichts“
erklärt der Herzog von Windsor, der an seiner Biographie „Geschichte eines Königs“ arbeitet, die in London erscheinen soll



General Franco erhielt die Verdienstmedaille der „American Legion“ des US-Kriegsteilnehmerverbandes für seinen „Kampf gegen den Kommunismus“



Arbeitsminister Bevan zurückgetreten
Der britische Arbeitsminister Aneurin Bevan erklärte aus Protest gegen das neue britische Budget seinen Rücktritt



Handgreiflichen Protest erhob eine Frau gegen originelle Filmklame in Frankfurt



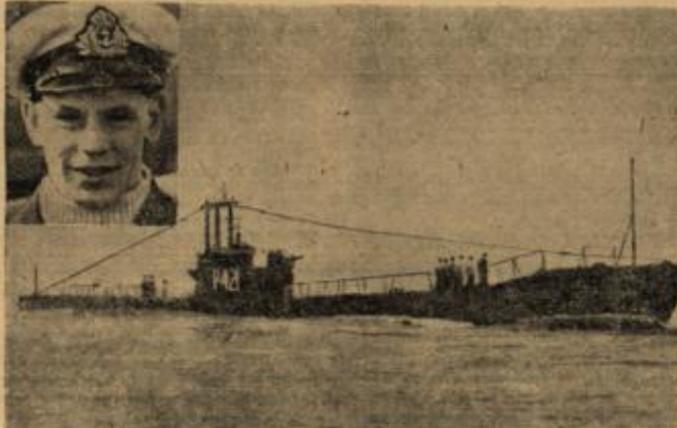
Mit dem Sport-Tauchergerät für jedermann kann man 45 Minuten unter Wasser bleiben



Die Technische Messe in Hannover wird am 29. April eröffnet



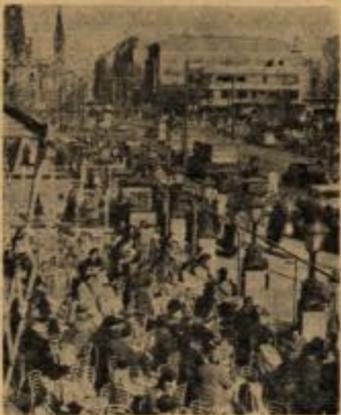
Die schönsten Beine von Paris hat die 18jährige Liliane Fernin



Mit 75 Mann Besatzung ging das U-Boot „Alfray“ unter
Die Ursache ist noch nicht geklärt. Links oben der Kommandant, Lt. Blackburn



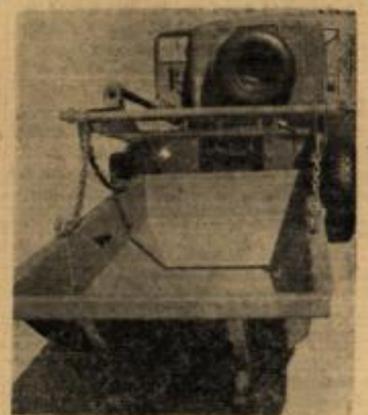
MacArthur wurde von über 7 Millionen New Yorkern empfangen
-er nach 14 Jahren zum ersten Mal wieder die Weltstadt betrat



Frühlingserwachen am Ku-Damm
Mit den ersten wärmenden Sonnenstrahlen haben Berliner Cafëbesitzer wieder Tische und Stühle ins Freie gestellt. Unser Bild zeigt das Cafë Wien am Kurfürstendamm



Durch viele Länder fährt der „Europa-Zug“
An fünf Telephonzellen kann man die auf Magnetophonbändern festgehaltene Meinung von sechs Politikern zur europäischen Frage hören



Neuer Lastwagen-Kipper
Auf der Automobilausstellung in Frankfurt ist dieser Lkw zu sehen, dessen Ladefläche noch rückwärts auf den Boden gestellt werden kann. Beiden leicht gemacht!
Bilder: dpa